



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/146

27. Juni 1950

Hinweise
auf den Inhalt:

Der Kongress und Korea	S.1
Will Stalin die Ostsee sperren? Bericht aus Kopenhagen	S.3
Briefe aus der Ostzone nach Salzgitter	S.4
Das SPD-Aufgebot für Schleswig-Holstein	S.5
Nachrichten aus der Ostzone	S.6

Der Kongress und Korea

P.R. Diese Tage bieten das Schauspiel eines Doppelvorganges von aufdringlicher Symbolik: In Korea ist mit der Flötzlichkeit eines Gewitters ein Krieg ausgebrochen. Es wird auf einem Teilgebiet des einzigen Schlachtfeldes gekämpft, das es heute praktisch noch gibt, auf dem Felde des totalen kalten und an diesem Punkt nun heiss gewordenen Krieges zwischen Osten und Westen. Die Fülle der Parallelerscheinungen dort und hier in Deutschland ist in diesen Tagen immer wieder dargestellt worden.

Aber ein anderes Zusammentreffen ging fast unter: Am gleichen Tage, an dem im Fernen Osten die Panzer zu rollen begannen und sich wieder Abertausende von Menschen unter dem Gedröhn der Geschütze mit ihrer letzten Habe auf den Weg ins Ungewisse begaben, an dem die Russen eine neue vollendete Tatsache schufen, an der das Maß der amerikanischen Langmut erprobt werden soll - an diesem gleichen Tage trat in einem festlich geschmückten Saal in Berlin, der klassischen Stadt des Ost-West-Gegensatzes, ein Internationaler Kongress für kulturelle Freiheit zusammen, an dem über hundert weltbekannte Schriftsteller, Wissenschaftler und Künstler aus drei Kontinenten und 16 Ländern teilnehmen. Am gleichen Tage, wie gesagt, geschah das - der blendende Einfall eines auf Kontrastwirkungen bedachten Regisseurs am Theater der Geschichte, so scheint es fast. Wenn es schlecht - und im Sinne jenes Regisseurs gut - geht, werden beide Veranstaltungen, der Feldzug und der Kongress, auch am gleichen Tage enden.

In Berlin ist eine Elite des abendländischen Geistes beieinander. Wie sich aus den Reden ergibt, ist sie auch überzeugt, dass es in der gegenwärtigen Krise nicht nur auf kluge Analysen und klare Erkenntnisse, sondern auf praktische Impulse und schnelle Entschlüsse ankommt. "Wir kamen nicht nach dieser Stadt, um nach einer abstrakten Wahrheit zu suchen, wir kamen, um ein Kampfbündnis zu schliessen. Es geht um Leben und Tod", hat Arthur Koestler gesagt. Er erinnerte an das Bibelwort: "Deine Rede sei Ja, ja - denn was darüber ist, das ist vom Übel". Er sprach davon, dass die heutige Situation eine völlig klare Entscheidung verlange. Die Zustimmung war klar und einmütig.

Aber bei alledem kann man sich eines Gefühls des inneren Fröstelns und der Frage nicht erwehren: genügt das? Natürlich weiss jedermann, dass es nicht genügt und auch die Kongressteilnehmer wissen es. Das moralische Fundament ist gewiss eine unerhört wichtige, im Hinblick auf das letzte Ergebnis wahrscheinlich die allein ausreichende Ausgangsstellung eines Kampfes um Leben und Tod. Aber gewaltsam drängt sich auch die Erkenntnis auf, dass es kein Stehenbleiben bei der Erkenntnis und ihrer Verkündung geben darf.

Die Zeit schreitet nach schnellen, handfesten Massnahmen zum Ausbau der Verteidigung der westlichen Welt. Die Moskauer Politik lässt nicht nach, durch immer neue Vorstösse den Widerstandswillen des Gegners abzutasten: Nach der Berliner Niederlage gab es für sie den grossen Erfolg in China, nach der vollkommenen politischen Vergewaltigung der Ostzone ist jetzt die militärische Eroberung der letzten amerikanischen Festlandposition in Ostasien an der Reihe. Auch Hitler ging diesen Weg von Stufe zu Stufe. Wer sich damit tröstet, er sei heute noch nicht an der Reihe, begeht einen Fehler, dessen fürchterliche Spuren schrecken sollten.

Auch einen Vorteil hat die letzte Entwicklung. Die letzte "Halbjungfrau der Demokratie", wie Koestler sarkastisch die ewig schwankenden Gestalten nannte, sollte nun begriffen haben, dass sie zu den Törichteren und nicht zu den Klugen gehört. Russland will keinen Frieden und wenn es das Gegenteil millionsfach beteuert, so wie das vor dem Beginn seiner Feldzüge auch Hitler immer wieder tat. Moskau will den Krieg, wenn anders es seine Ziele nicht erreichen kann. Darauf allein gilt es sich einzurichten.

Will Stalin die Ostsee sperren?

KRK Kopenhagen, im Juni

Aus Moskau kommt eine aufsehenerregende Mitteilung: an der Universität Moskau wurde eine Doktorarbeit disputiert, deren Verfasser sich gegen die Auffassung wendet, dass die Fahrwasser der Ostsee frei seien für die Handels- und Kriegsschiffe der Westmächte. Der Disputant, Prof. Molodtsov, bezeichnet es als das legitime Recht der Sowjetunion, die Ostsee für die Fahrzeuge der Nicht-Ostseestaaten zu sperren. Die Moskauer Zeitung "Sowjetstaat und Sowjetgesetz" nahm die Ansicht des Disputanten zum Anlass, diesen angeblichen Anspruch auf Sperre der Ostsee noch durch einige interessante Hinweise zu unterstreichen. "Alle Theorien darüber", so schreibt die Zeitung, "dass die Ostsee ein offenes Meer ist, sind unvereinbar mit dem Grundsatz der Verteidigung nationaler Unabhängigkeit und Souveränität, unvereinbar mit dem gerechtfertigten Kampf gegen Aggression und mit der Notwendigkeit einer Stärkung der internationalen Zusammenarbeit. Im Hinblick auf die spezielle Lage der Ostsee ist es das ausschliesslich den Ländern an der Ostsee zukommende Recht, die Zufahrtstrassen für die Kriegsfahrzeuge zu sperren. Dieses Recht folgt legitim dem Rechte der Ostseeländer, maritime Kontrolle über den Öresund auszuüben und für dessen Schutz zu sorgen".

Man weiss, dass in der Sowjetunion nicht ein Wort veröffentlicht werden darf, das nicht die Billigung der zuständigen Behörden hat. In diesem Fall dürfte die Absicht vorliegen, das Gefühl der Unruhe zu stärken, das in den Ostseeländern angesichts der fortgesetzten russischen Übergriffe gegen die Fischereischifffahrt Schwedens und Dänemarks herrscht; und ausserdem will man wohl die öffentliche Meinung in den Ostseeländern abtasten.

Die Antwort Dänemarks hat nicht lange auf sich warten lassen. Der Expert der dänischen Regierung auf dem Gebiet des Völkerrechts, Dr. Cohn, erklärt, dass die Ostsee ein freies Meer sei. Als seinerzeit der Öresund-Zoll aufgehoben wurde, sei festgestellt worden, dass alle Schifffahrt durch den Sund sowie die beiden Belte frei sein soll, sowohl für Kriegs- als auch für Handelsschiffe. Das Traktat darüber ist von allen Ländern gebilligt worden, auch von Russland. Es handelt sich um das Öresundtraktat vom Jahre 1857, das auch unter dem Namen Kopenhagener Konvention bekannt ist.

Der Moskauer Versuchsballon wird in den skandinavischen Ländern

als eine Massnahme des Kalten Krieges gewertet. Sollte es zu einem offiziellen russischen Schritt bei den Regierungen der Ostseeländer kommen, zu denen auch die Deutsche Bundesrepublik gehört, wäre seine unmittelbare und deutliche Ablehnung sicher. Allerdings würde das Verlangen, die Ostsee zu sperren, in erster Linie Dänemark als Anrainer des Öresund treffen. Ein kleines Land kann unter Druck gesetzt werden. Aber das wird die Türkei auch schon seit langer Zeit, ohne seine Haltung in der Frage der Dardanellen zu ändern. Und Dänemark gehört dem Atlantikblock an.

- - -

Briefe aus der Ostzone nach Salzgitter

sp. "Werter Herr Bürgermeister", so heisst es u.a. in einem Brief, den der Bürgermeister von Lebenstedt, einer Gemeinde des Salzgittergebietes, aus Weimar erhielt, "aus Watenstedt kommen die Kinder zu uns in die Kusszone. Was meinen Sie, wieviel Frauen und Mütter darüber empört sind. Unsere Kinder hier bekommen alle 10 Tage 200 Gramm Fleisch. Käse gibt es überhaupt keinen, bei Ihnen kann man einen Käse für 10 Pfg. kaufen, es gibt doch dort auch reiche Leute, die die Kinder unterstützen können. Seit Weihnachten bekommen unsere Kinder das erstmal wieder Butter. Wenn es arme Kinder gibt, dann sind es nur unsere hier. Welche Mutter mit zwei oder drei Kindern kann mit einem Lohn von 45.--M ein Stück Butter für 12.--M in der H.O. kaufen? Ab fünf Jahre bekommen die Kinder hier 1/4 l Magermilch, und da kommen noch die Kinder aus dem Westen nach hier und nehmen unseren Ärmsten das Wenige auch noch. Gerne würde ich meine Adresse angeben. Ich weiss aber nicht, ob Sie den Brief erhalten. Geht er unter Kontrolle, so habe ich Gelegenheit, hier zu verschwinden. So sieht es bei uns aus.

Eine Mutter mit zwei Kindern und viele Andere."

In einem Brief, der an den Bürgermeister von Watenstedt-Salzgitter gerichtet ist, heisst es u.a.: "Ich kann Ihnen nur sagen, daß wir hellauf empört sind, daß erstens von drüben überhaupt Kinder und Angehörige nach hier geschickt werden, die uns das Wenige, das wir besitzen, auch noch wegessen und mit denen schändlich Propaganda getrieben wird. Wir Thüringer selbst haben seit Weihnachten ein einziges

27.6.1950

Mal Butter auf unsere Grundkarten bekommen. Ich kenne auch Arbeitslose drüben, die leben viel besser als ein Angestellter bei uns, der im Monat 400.--M verdient, denn 20.--M West Unterstützung ist gleichbedeutend mit 140.--M Ost Einkommen pro Woche! Dabei kostet ein Pfd.Butter 24.--M, seit gestern nur noch 20.--M!

Wenn Sie mal Gelegenheit haben, bitte klären Sie in Ihrem Städtchen etwas auf, wir können Ihnen nur das Eine wünschen, hoffentlich bleibt Ihnen das eigene Erleben des russ. Kommunismus, des furchtbaren Zwanges, einmaligen Betrugess erspart. Wir sind alle in einem grossen Gefängnis und wünschen sehnlichst die Stunde herbei, wo auch uns das Wort Freiheit nicht mehr als Traum erscheint. Ich nehme diesen Brief nach Westberlin mit, denn sonst könnte ich nie wagen, zu Ihnen so zu schreiben."

In einem weiteren Schreiben schildert der Autor die Verhältnisse in der Ostzone und schreibt zum Schluß: "Sollte in der dortigen Stadt sei es ein Mann oder eine Frau "eklamé für die Ostzone machen und die hiesigen Verhältnisse preisen, dann bitte schicken Sie diese Person hierher und lassen Sie keine Ruhe, ehe diese Person mindestens 4 Wochen hier war und sagen Sie ihr, sie sollte lieber gleich in der Ostzone(im Paradiese) bleiben. "

Das SPD-Aufgebot für Schleswig - Holstein

sp. Während des Wahlkampfes in Schleswig-Holstein spricht
Dr. Kurt Schumacher am 30.6. in Heide, 1.7. in Kiel, 2.7. in Ratzeburg,
3.7. in Neumünster, 4.7. in Rendsburg, 5.7. in Elmshorn, 6.7. in Lübeck,
7.7. in Itzehoe.

Erich Ollenhauer spricht am 30.6. in Niebüll Krs. Südtondern, 1.7. in
Westerland, Krs. Südtondern, 6.7. in Pinneberg, 7.7. in Plön;

Carlo Schmid am 5.7. in Lübeck, 6.7. in Kiel, 7.7. in Flensburg-Süder-
mark;

Prof. Reuter-Berlin am 3.7. in Flensburg

Louise Schröder in Kiel und Wedel

Fritz Ohlig wird in Schleswig sprechen, Dr. Joachim Schoene in drei Orten, Alfred Kubel u.a. in Reinbeck Krs. Sottrarn, Marie Sevenich in fünf Orten. Aus Berlin kommen ferner: Dr. Otto Suhr, Franz Neumann, Kurt Mattick, Prof. Landsberg; Herta Gotthelf spricht in Schleswig, Hermann Wolters in fünf Orten, ferner Martha Fuchs, Dr. Diederichs, Richard Heitzner, Bruno Leddin, Josef Felder, Dr. Fritz Wenzel, Pastor K.E. Fribe, Pastor Albertz, Käthe Strobel, Dr. Veit, Fritz Henssler, Dr. Siegfried Baersch, Gerda Vey, Fritz Erler. Insgesamt werden über 80 Wahlkundgebungen von Rednern ausserhalb des Wahlgebietes bestritten.

Nachrichten aus der Ostzone:

Nur "fortschrittliche" Kindergärten

sp. In Leipzig wurden alle privaten Kindergärten geschlossen. Auf Proteste der Elternschaft wurde durch das städtische Schulamt erklärt, in den privaten Kindergärten würden die Kinder nicht "fortschrittlich" genug erzogen. Die Kinder müssten in den städtischen Kindergärten im Zusammenwirken mit den Jungen Pionieren und der FDJ in fortschrittlicherem Sinne und zur Bejahung des volksdemokratischen Staates erzogen werden. In den städtischen Kindergärten werden die Kinder täglich dazu angehalten, Sprechchöre vor den Bildern Stalins und Piccks zu üben. An die Stelle der alten Kindermärchen von Grimm und Andersen sind Erzählungen getreten, in denen die Jugendbrigaden, Aktivisten als "fortschrittliche" Helden glorifiziert werden.

"In der Ostzone gibt es keine Morde"

sp. Im Frühjahr 1950 wurden in Rostock zwei Mädchen im Alter von 9-11 Jahren vermisst. Nach wochenlanger Suche wurden die Mädchen ermordet am Kanonenberg in Rostock aufgefunden. Es verdichteten sich die Gerüchte, dass die Täter sowjetische Soldaten gewesen seien. Daraufhin wurden in der SED-Zeitung alle Mordgerüchte dementiert. "In der Sowjetzone gibt es überhaupt keine Morde. Wer derartige Gerüchte weiterverbreitet, wird bestraft", hiess es wörtlich.

Deutscher Soldatenfriedhof eingeebnet

sp. In Mühlberg bei Torgau musste ein deutscher Soldatenfriedhof mit 500 Gräbern auf sowjetischen Befehl eingeebnet werden. Bei in der Nähe liegenden Einzelgräbern sowjetischer Gefallener dagegen mussten Denksteine gesetzt werden.